

Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin 2016

Anlass: TOP 7.3 Stellenplan 2016
TOP 7.4 HSK 2016
TOP 7.5 Haushalt 2016

Termin: SVV 27.04.2016

Ort: Rolandsaal, Altstädtisches Rathaus

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Medienvertreter,
liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,**

- Wenn man sich die positive Entwicklung unserer Zahlen zum Haushalt, zum Haushaltssicherungskonzept und zum Stellenplan ansieht, könnte man auf die oberflächliche Idee kommen und es sich einfach machen.

- Diejenigen, die in den letzten Wochen und Monaten intensiv an der Er- und Bearbeitung unseres Haushaltes mitgewirkt haben, wissen aber, dass das nicht geht und es ist auch nicht unser gemeinsamer Anspruch.
- Seit seiner Einbringung im Januar wurde der Haushalt in den Ausschüssen intensiv beraten.
- Gleichzeitig wurden auch schon einige Veränderungen von Haushaltsansätzen vorgenommen, da sich neuere Erkenntnisse zu einzelnen Sachverhalten ergeben haben.

- Darauf möchte ich nicht im Detail eingehen, denn Bürgermeister Steffen Scheller hat Ihnen als Kämmerer dazu bereits mit seinem Schreiben vom 12.04. umfangreiche Informationen zu den Ansatzveränderungen vorlegen können.
- Ich will an dieser Stelle einige grundsätzliche Ausführungen machen:
- **Erstens:**
- Es ist deutlich erkennbar, dass sich unsere Haushaltssituation – so wie wir uns das mit den Haushaltssicherungskonzepten der Vorjahre vorgenommen haben – verbessert hat.

- Mit dem Haushaltsplan 2016 sowie für die Folgejahre bis 2019 gelingt es uns, die angestrebten positiven ordentlichen Ergebnisse für die jeweils laufende Periode auszuweisen.
- Das ist nicht nur das Ergebnis aus dem positiven wirtschaftlichen Umfeld und von niedrigen Zinsen, es ist vor allem das Ergebnis der Umsetzung unserer eigenen beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen.
- Wir haben die Realsteuerhebesätze angepasst und auch im Bereich der Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen die Vorgaben eingehalten.

- Dafür haben sich Mehrheiten innerhalb der SVV gefunden, die die erforderlichen Beschlüsse gefasst hatten.
- So können wir das vorliegende Haushaltsplanergebnis auch als einen gemeinsamen Erfolg von Verwaltung und Politik ansehen.
- Unter Berücksichtigung der noch notwendigen Ansatzveränderungen wird für 2016 nun ein ordentliches Ergebnis von plus 1,5 Mio. EUR ausgewiesen.
- Diese Entwicklung setzt sich ebenfalls weiter fort: Im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 beträgt das ordentliche Ergebnis plus 1,3 Mio. EUR.

- Das ist ein großer Erfolg und zeigt die Handlungsfähigkeit unserer Stadt, trotz der nach wie vor unzureichenden Finanzausstattung für übertragene Aufgaben.

Meine Damen und Herren,

unser Haushaltsvolumen liegt bei rund 270 Mio. EUR.

- Darin enthalten sind auch Investitionen von rund 16 Mio. EUR.
- Das sind kraftvolle Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger.

- Wir fördern damit unsere Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und geben Anreize für private Folge-Investitionen.
- Hinsichtlich der Investitionen hilft uns in den Jahren bis 2018 die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln des Bundes über das Kommunalinvestitionsfördergesetz; daraus bekommen wir zusätzliche Zuweisungen von rund 8,3 Mio. EUR.
- Über deren Verwendung hatten wir im Januar und im März entschieden:
 - Wir werden davon 2 Kitas neu bauen,
 - eine Kita sanieren,

- einen Zuschuss für Bauvorhaben am Klinikum leiten können,
 - 3 barrierefreie Haltestellen bauen und
 - die Sanierung der neuen Grundschule in der kleinen Gartenstraße ermöglichen.
-
- Darüber hinaus haben wir aber noch weitere Investitionen vorgesehen, wie z.B.
 - In die Ausstattung und Ausrüstung von Grundschulen
 - Mittel für die Innenstadtsanierung und weitere Aufwertung unserer Ortsteile

- Anschaffung von Löschfahrzeugen
 - Maßnahmen für den Straßenbau,
 - den Ersatzneubau der Planebrücke,
 - den Knotenausbau B 102 oder
 - die Entwicklungspflege unseres Marienbergs
-
- Klar ist auch, dass wir uns neben neuen Maßnahmen auch um die Pflege unseres Bestandes kümmern müssen.

- Deshalb haben wir z.B. die Mittel für die Unterhaltung der Straßen ab dem Jahr 2016 um jährlich rund 300 TEUR gegenüber dem Vorjahr aufgestockt.
- Auch das ist im Haushaltsplan und in den vorhin genannten Ergebnissen bereits berücksichtigt.
- Meine Damen und Herren,
ich möchte nicht versäumen zu erwähnen, dass wir alle diese Investitionen OHNE die Aufnahme neuer Kredite stemmen.

- Das ist seit vielen Jahren unsere Politik und diese hat maßgeblich zur Konsolidierung mit beigetragen.
- Darüber hinaus haben als Stadt auch Schulden abgebaut und so seit 2008 über 30 Mio. Euro an langfristigen Verbindlichkeiten zurückgefahren.
- Bei all der Diskussion um Kassenkredite wird diese Summe oftmals übersehen.
- Ich finde aber, das ist eine beachtliche Leistung.

- **Zweitens: zum HSK**
- Meinen Damen und Herren,
lassen Sie mich gleich mit zu unserem
Haushaltssicherungskonzept sprechen.
- Mit dem HSK 2016 wurde das HSK 2015 fortgeschrieben, die
HSK-Maßnahmen wurden aktualisiert, soweit das notwendig
war.
- Im Wesentlichen ist jedoch darauf hinzuweisen, dass wir uns im
HSK noch deutlich intensiver als im Vorjahr mit der Forderung

des Gesetzgebers zum Ausgleich der sog. Fehlbetragsvorträge aus Vorjahren auseinandergesetzt haben.

- Im Kern lässt sich das wie folgt zusammenfassen:
- Unser Ziel ist es, es, ab dem Jahr 2016 positive ordentliche Ergebnisse auszuweisen.
- Das Erreichen von positiven ordentlichen Ergebnissen soll dazu führen, dass
der Ressourcenverbrauch (d.h. der laufende Aufwand) der jeweiligen Periode vollständig (d.h. über die laufenden Erträge)

ausgeglichen ist und damit die Fehlbetragsvorträge kontinuierlich reduziert werden können.

- Unter Berücksichtigung der „Empfehlungen“ des MIK aus dem Runderlass 1/2013 ist im HSK auch umfassend erläutert, wie wir die Empfehlungen des MIK zur Haushaltskonsolidierung bereits umsetzen.
- Unter Betrachtung unserer Haushaltsunterlagen für 2016 und des Inhaltes dieser Unterlagen stellen wir fest, dass es „nur“ das HSK ist, das durch die Kommunalaufsicht zu genehmigen ist

- Die Genehmigung wird vor allem dann möglich sein – so jedenfalls die bisherige Argumentation der Aufsicht und die Theorie -, wenn der umfassende Wille zur Konsolidierung dargestellt und dokumentiert wird
- Für mein Dafürhalten machen wir das ausdrücklich!
- Aber ich habe es gesagt. Das ist die Theorie. Wie sich die Aufsicht verhält, wird die Praxis zeigen.
- Ich will das schwer nachvollziehbare Verhalten des Innenministeriums aus den Vorjahren einmal gegenüber stellen:

- Im Jahr 2014 hatten wir eine Genehmigung unseres HSKs erhalten.
- Im Jahr 2015, das wir nach den derzeitigen Zahlen mit einem echten Jahresüberschuss abschließen konnten, hatte es das Innenministerium mit vorgeschobenen Argumenten und einer – sagen wir mal- neuen Begründung ja fertig gebracht, uns eine Genehmigung zu verweigern.
- Einen Haushalt zu verweigern, der Plus macht? Das war schon eine intellektuelle Leistung – dafür musste man sich beim MIK in der Argumentation ziemlich verbiegen.

- 2016 sieht unser Haushalt nun noch besser aus.
- Wir dürfen also gespannt sein, ob fachlich oder politisch motiviert entschieden wird.
- Ein Schelm, wer dabei an die derzeitige politische Diskussion um die Kreisgebietsreform denkt.
- **Drittens zum Stellenplan:**
- Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
- mit dem Stellenplanentwurf 2016 steigen die Stellen im Vergleich zum Vorjahr leicht an, d.h. der Saldo aus neuen Stellen und eingesparten Stellen ist positiv.

- Die Hauptursache dafür liegt im Bedarf an zusätzlichen Stellen für die Betreuung und Bearbeitung von deutlich höheren Fallzahlen im Bereich Asyl/Flüchtlinge.
- Das betrifft sowohl den Sozialbereich von Dr. Erlebach, als auch den Bereich der Ausländerbehörde von Herrn Brandt.
- Den dort nachvollziehbar gestiegenen Bedarfen tragen wir schlicht Rechnung.
- Zusätzlich haben wir Ihnen mit dem HSK (Maßnahme M3) nun auch vorgeschlagen, auf die Begrenzung der externen Wiederbesetzungsmöglichkeiten zu verzichten.

- Ich erinnere daran, dass wir seit über 10 Jahren, d.h. seit dem Jahr 2006 mit der Wiederbesetzungsquote von 50% der altersbedingt freiwerdenden Stellen gearbeitet hatten, die dann im Jahr 2010 sogar noch auf 25% reduziert wurde.
- Im Zusammenhang mit der Absicht, durch Altersteilzeit den Stellenbestand zu reduzieren, war diese Vorgabe nachvollziehbar.
- Damit ist auch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Folge der Stellenentwicklung ein hoher Beitrag zur Konsolidierung mit erbracht worden.

- Die Stellen des Stellenplans haben sich von 1.004,9 VZE im Jahr 2010 auf nunmehr auf 938,8 VZE im Jahr 2016 deutlich reduziert.
- Das entspricht einem Abbau von 66 VZE in den letzten 6 Jahren.
- Die Umsetzung dieser Vorgaben war kein einfacher Prozess und er hat in der zurückliegenden Zeit auch zu Differenzen zwischen der Personalverwaltung, die das umzusetzen hatte, sowie den Fachabteilungen und der Personalvertretung geführt.
- Aber mittlerweile haben wir hier auch zu einem guten Miteinander und gegenseitigem Verständnis gefunden.

- Wir als Stadt stehen zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben und wir haben einen hohen Anspruch dabei.
- Auch wenn wir uns an manchen Stellen natürlich noch Verbesserungen vorstellen können, so braucht sich die Effizienz unserer Stadtverwaltung vor keinem Vergleich mit dem Umland scheuen.
- Im Gegenteil: Im Gesamt-Vergleich aller kommunalen Aufgaben haben die Städte vielfach einen effizienteren Mitarbeiterereinsatz als die getrennte Kreis- und Gemeindeverwaltung auf der Landkreisebene.

- Dieser über 10jährige Prozess der Konsolidierung und Effektivitätssteigerung hat sicherlich zu diesem Erfolg beigetragen. Dennoch lässt er sich nicht unendlich fortsetzen.
- Eine Verwaltung muss auch an die Aufgabenerfüllung für morgen und übermorgen denken.
- Hierüber haben wir uns auch mit dem Personalrat verständigt.
- Die Vorschläge der Verwaltung, d.h. Verzicht auf die Wiederbesetzungssperre mit dem HSK und Haushaltsanschlag für alle erforderlichen Personalkosten im Haushaltsplan, wird durch den Personalrat positiv gesehen.

- Ich habe die Bitte an die SVV, dass diese, auch wenn es eine Erhöhung der Personalkosten bedeutet, diesen Vorschlägen folgt.
- Die Kosten dafür konnten bei der Aufstellung des Haushaltes – wie ich das eingangs schon ausgeführt hatte – bereits berücksichtigt werden und es ist auch damit gelungen, positive ordentliche Ergebnisse aufzuzeigen.
- Wir als Stadt können damit zusammenfassend feststellen, dass wir unsere finanzpolitischen Hausaufgaben gemacht haben und

eine echte Trendumkehr hinbekommen haben, im Wesentlichen ohne landesseitige Unterstützung (Stichwort Konnexität).

- Das Land würde seine Hausaufgaben machen, wenn es nun endlich zu der angekündigten Teilentschuldung käme, und zwar ohne Vorbedingungen.
- Selbst von Landesgutachtern zur Kreisreform ist ja nun öffentlich erklärt worden, dass für die Defizite der vergangenen Jahre nicht die Städte selbst die „Hauptschuld“ tragen, sondern die

mangelnde Finanzausstattung des Landes im fehlerhaften Finanzausgleichsgesetz dafür verantwortlich ist.

- Die Gutachter der Uni Köln haben im Auftrag des Brandenburgischen Finanzministeriums im sog. Symmetriegutachten zum Finanzausgleich im Land Brandenburg festgestellt, dass die kreisfreien Städte ca. 15% mehr Zuweisungen erhalten müssten.
- Für unsere Stadt würde das eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 9 Mio. Euro jährlich bedeuten!

- Sie können sich alle vorstellen, was das für unseren Haushalt heißen würde.
- Es ist für die Experten völlig klar, dass diese jahrelange Unterfinanzierung des Landes Schuld an der Kassenkreditlage der Städte ist.
- Auch wenn diese überfällige Erkenntnis für die Ursachen für kommunale Kassenkredite fehlt bzw. bewusst politisch ausgeblendet wird, wächst innerhalb der Landesregierung die Ahnung, dass die Ursachen in nicht bedarfsgerecht finanzierten Jugend- und Sozialhilfearbeiten zu finden ist.

- Die dafür aufgewachsenen Kosten der letzten 10 Jahre decken sich ziemlich genau mit der Entwicklung der Kassenkredite.
- Über diese Zusammenhänge sollte eine –zumal rot-rote- Landesregierung einmal nachdenken.
- Ohne Reform des kommunalen Finanzausgleichs wird die Kreisreform zu einer einzigen Sparmaßnahme im Bereich der Jugend- und Sozialleistungen werden, gepaart mit ungewollten Zwangsfusionen. Na herzlichen Glückwunsch.
- Anstatt unnötig an Kreisgrenzen herumzudoktern und das Land mit Zwangsfusionen von Gemeinden, Städten und Kreisen zu

überziehen, sollte die Landesregierung den inneren kommunalen Finanzausgleich reformieren.

- Das wäre die eigentliche Strukturaufgabe für die Landesregierung und würde sicher breite Unterstützung der kommunalen Familie erfahren.

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

- ENDE.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Zur Verwendung für Notizen und Sonstiges:

